

10 | 20 | 30 | 40 | 50 | 60 |

Mitteilung für die Presse

In der heutigen Ausgabe des Deutschen Allgemeinen Sonntagsblattes nimmt SPD-Präsidiumsmitglied Erhard Eppler Stellung zur Diskussion über das neue SPD-Grundsatzprogramm:

Vorfahrt für die Politik

Von Erhard Eppler

Auch wer sich seit vier Jahrzehnten in der Politik tummelt, ist immer wieder darüber verblüfft, wie sich in den Medien ausnimmt, was er selbst erlebt und mit entschieden hat. Der Abstand zwischen dem, was geschieht, und dem Bild, das davon in der öffentlichen Diskussion entsteht, ist in den letzten Jahren immer größer geworden. Das hat mit dem wachsenden Zynismus in der Politik zu tun: Es geht gar nicht um die Wirklichkeit, sondern um das Bild von Wirklichkeit, das wir vermitteln. So jedenfalls das Credo der professionellen Öffentlichkeitsarbeiter. Und viele Politiker, vor allem solche, die den größeren Teil ihrer Karriere noch vor sich zu haben glauben, handeln auch danach. Noch nie in den letzten dreißig Jahren empfand ich den Abstand zwischen Wirklichkeit und Medienbild als so grotesk wie in der letzten Phase der Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm der SPD. Kaum ein Satz, den ich in Zeitungen las, stimmte auch nur halbwegs. Das hat gute Gründe. Einmal den, daß alle, denen an einem guten Ergebnis der gemeinsamen Arbeit lag, geschwiegen haben. Zum andern, weil Entwürfe nur unterderhand - und natürlich selektiv - gehandelt

wurden; zum dritten, weil die spärlichen Informationen über tagelange Diskussionen meist in manipulativer Absicht gestreut wurden und - last, not least - weil das genaue Lesen oder gar die zeitraubende Analyse längerer Programm-Texte nicht eben zu den Lieblingsbeschäftigungen der meisten Journalisten gehört.

So entstand der Eindruck, da sitze eine Kommission, in der sich „Modernisierer“ und „Traditionalisten“ in den Haaren lagen. Schließlich ging es bei diesem Programm um nichts anderes als um Modernisierung, also darum, in einem neuen Grundsatzprogramm Antworten auf die vielen Fragen zu finden, die in Godesberg 1959 noch gar nicht gestellt waren. Die Alternative zwischen Modernisierern und Traditionalisten sollte suggerieren, wir hätten nichts Gescheiteres zu tun, als die Kämpfe von Godesberg um Markt und Planung einfach zu wiederholen. Mindestens vier Fünftel der Kommission fühlten sich davon nicht betroffen. Sie wollten nicht Gespensterschlachten um Godesberg, sondern eine programmatische Grundlage für die nächsten Jahrzehnte, und zwar eine höchst moderne, die natürlich an die Tradition einer 125 Jahre alten Partei anknüpft.

Öffentlich wahrgenommen werden heute fast nur noch Konflikte. Daher konnten auch die Rängeleien zwischen Oskar Lafontaine und Peter von Oertzen, bei denen Sachliches und Persönliches sich unentwirrbar verwob, der öffentlichen Aufmerksamkeit nicht entgehen. Übel daran war, daß diese Randerscheinung nun zum Generalthema zu werden drohte. Noch übler, daß sie falsch dargestellt wurde: Weder wollte Oertzen hinter Godesberg zurück, noch wollte Lafontaine eine Marktwirtschaft à la Lambsdorff.

Natürlich gab es Konflikte in der Kommission. Oft gingen sie, wie etwa beim Thema „Zukunft der Arbeit“, gar nicht um die programmatischen Aussagen, sondern um die Ausführlichkeit der analytischen Darstellung. An den Aussagen zur Wochenendarbeit, zur Flexibilisierung, zur Bedeutung der Erwerbsarbeit und der Nichterwerbsarbeit, zu Arbeitszeitverkürzung und Maschinenlaufzeiten hat sich dadurch nichts geändert.

Was ist – und zwar auf Grund eines breiten Konsenses – die wirtschaftspolitische Botschaft des Entwurfes?

1. Die unlösbare Verbindung von Ökonomie und Ökologie. Wir haben nicht ein Wirtschaftsprogramm formuliert und dann ein paar fromme ökologische Wünsche angehängt, sondern eine Wirtschaftspolitik der ökologischen Erneuerung entworfen, die ein ökologisch verantwortliches Wirtschaften erzwingen und damit der Naturzerstörung Einhalt gebieten will.

2. Wir haben Abschied genommen vom Wachstumsglauben und formuliert: „Nicht jedes Wachstum ist Fortschritt. Es kommt darauf an, was wächst. Wachsen muß, was die natürlichen Lebensgrundlagen sichert, Lebensqualität erhöht und Zukunftschancen eröffnet. Schrumpfen oder verschwinden muß, was die natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet, Lebensqualität mindert und Zukunftschancen verbaut.“ Wir wollen nicht möglichst viel, auch nicht möglichst wenig Wachstum, wir wollen Wachstumsfelder auswählen.

3. Wir waren uns einig, daß es dazu einer klaren Rahmensetzung für die Wirtschaft bedarf. Dazu gehören natürlich Gesetze, Gebote und Verbote, vor allem aber finanzielle Anreize und Be-

stimmungen, keineswegs immer einer Rahmenplanung bedarf. Wenn wir den Energieverbrauch drosseln wollen, um eine Klimakatastrophe zu vermeiden, dann muß die Energie teurer werden, auch wenn wir nicht planen können, wieviel Energie in zehn Jahren verbraucht wird.

4. Wir waren uns einig, daß technische Weichenstellungen, die das Leben aller verändern, Gegenstand politischer Diskussion und politischer Entscheidung sein müssen. Dabei setzen wir nicht auf die Bürokratie, sondern auf den Bürgerdialog. Es waren gerade nicht die Ministerialbürokraten, die vor fünfzehn Jahren den ersten großen Diskurs über die Energiepolitik erzwangen, sondern Bürgerinitiativen und später Parteien.

5. Mit der Aufgabe Technikgestaltung verbinden wir die alte Forderung nach Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungen. Was die dominierenden Techniken in der Energieversorgung, in der Chemie, im Verkehr, in der Landwirtschaft sein sollen, darf nicht in den Chefetagen einiger Konzerne entschieden werden. Es muß letztlich von denen entschieden werden, deren Leben davon unmittelbar betroffen ist. Damit bekommt Demokratisierung eine neue, für jeden einsichtige zusätzliche Funktion. Demokratischer Sozialismus bedeutet dann Verlagerung von lebenswichtigen Entscheidungen auf die demokratisch verfaßte Gesellschaft. Wir wollen mehr Politik, nicht mehr Staat, und eher weniger Bürokratie.

Das alles ist neu und sehr viel wichtiger als die eine oder andere Formel, durch die unsere Godesberger Grundentscheidungen nicht korrigiert, sondern erläutert werden. Planwirtschaft will ohnehin niemand.

Schwierig wird es erst, wo wir an die Grenzen nationaler Handlungsmöglichkeiten kommen. Wie kann nationale Wirtschaftspolitik auf eine zunehmend internationalisierte Wirtschaft einwirken? Wir setzen auf die Europäische Gemeinschaft, auf internationale Regelungen für die Weltwirtschaft. Aber alles, was international durchzusetzen ist, kann nicht als Ausrede für Nichtstun zu Hause herhalten. „Auf absehbare Zeit bleiben beträchtliche nationale Handlungsräume. Je entschlossener wir sie nutzen, je klarer dabei unsere Ziele, desto stärker unser Einfluß auf internationale Entscheidungen. Wer nur auf europäische oder weltweite Regelungen wartet, wird auch sie nicht bekommen“, heißt es in dem Entwurf.

Vielleicht hat die konfuse Diskussion der letzten Wochen auch ein Gutes: daß der Text des neuen Programms – im Gegensatz zum Irseer Entwurf – schließlich nicht nur bewertet, sondern sogar gelesen wird.

Aus erster Hand: Personen zur Sache

lastungen. Wir wollen, daß das ökologisch Schädliche teurer, das ökologisch Richtige auch ökonomisch vorteilhaft und attraktiv wird. Solche staatliche Rahmensetzung ist das Entscheidende. Dagegen war niemand gestritten wurde darüber, inwieweit solche Rahmensetzung auch der Rahmenplanung bedarf. Durchgesetzt hat sich die Meinung, daß Rahmensetzung, an der Unternehmer und Verbraucher ihre Entscheidungen orien-